

Pressemitteilung

7. Januar 2019 / #001

Flughafen: **BUND Hamburg klagt gegen Ausbaupläne**

Heute hat der Hamburger Umweltverband BUND gegen den Ausbau des innerstädtischen Hamburger Verkehrsflughafens Klage eingereicht. Der BUND kritisiert die fehlende Beteiligung bei der Genehmigung der Ausbauvorhaben, die nicht mehr in Einklang mit der Planfeststellung aus 1998 zu bringen ist.

Die Vorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen sind ohne Beteiligung von Öffentlichkeit und Verbänden im Wege von einfachen Plangenehmigungen und Baugenehmigungen erfolgt. Die Hauptkritik bezieht sich auf die erhebliche Kapazitätsausweitung, die mit den Ausbauten verfolgt werden. Der Flughafen hat erst auf öffentlichen Druck hin ein Passagierwachstum von bis zu 8,4 Mio. Passagieren nach den Ausbauten benannt.

„Um den seitens der FHG avisierten Passagierzuwachs von 8,4 Mio. auf insgesamt 26 Mio. Passagiere pro Jahr in 2035 zu realisieren, sind ca. 56.000 zusätzliche Starts und Landungen pro Jahr erforderlich. Wohlwollende Annahme ist, dass sich die durchschnittliche Transportmenge von derzeit 125 Passagieren pro Flug innerhalb von 18 Jahren auf 150 Passagiere pro Flug steigern lässt. Herr Eggenschwiler meint jedoch, allein mit einer Steigerungsrate jährlicher Flugbewegungen um 0,5 Prozent den Passagieranstieg abfangen zu können. Wenn man dieser Zahl Glauben schenken möchte, hieße das, dass „nur“ 15.000 zusätzliche Starts und Landungen pro Jahr zu den bisher 160.000 hinzu kommen würden. Allerdings müsste dann jeder dieser Flüge mit 560 Passagiere pro Flug belegt sein. Dies würde bedeuten, dass jeden Tag 20 Großraumflugzeuge à la Airbus A380 den innerstädtisch gelegenen Hamburger Verkehrsflughafen benutzen müssten! Ein Horrorszenario für die fluglärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger“, rechnet Martin Mosel, Sprecher der Bürgerinitiativen für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein (BAW) vor.

„Die FHG-seitig angestrebte Erweiterung unter dem Deckmantel der „Komfortsteigerung“ führt zu einer wesentlichen Steigerung des Flugverkehrs – verbunden mit einer entsprechenden Zusatzbelastung für Mensch und Umwelt. Folglich handelt es sich bei dem heftig kritisierten Flughafen-Entwicklungsplan um einen planfeststellungspflichtigen Vorgang und nicht um ein schlichtes Plangenehmigungsverfahren. Es liegt dem-

nach ein massiver Verfahrensfehler vor, den es zwingend zu beheben gilt. Bis dahin sind die baulichen Tätigkeiten zu stoppen“, fordert Mosel.

Für Rückfragen:

Martin Mosel, Sprecher der Bürgerinitiativen für Fluglärmschutz
in Hamburg und Schleswig-Holstein (BAW),

NEU !!! Mobil (0151) 50893239

Mail presse@baw-fluglaerm.de